

## Parlamentswahlen in Ungarn 1998: Parteien, Eliten und Gesellschaft im Spiegel der Wahlergebnisse

Szabo, A. Ferenc

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Szabo, A. F. (1998). *Parlamentswahlen in Ungarn 1998: Parteien, Eliten und Gesellschaft im Spiegel der Wahlergebnisse*. (Berichte / BIOst, 33-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43634>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

|   | Seite |
|---|-------|
| Kurzfassung.....  | 3     |
| Das Wahlsystem.....                                       | 5     |
| Die Wahlergebnisse.....                                   | 6     |
| Die politische Lage vor den Wahlen.....                   | 6     |
| Auswertung der Wahlergebnisse.....                        | 11    |
| Regionale Differenzen auf der politischen Landkarte ..... | 15    |
| Die herrschende Elite und die Wahlen.....                 | 17    |
| Porträtgalerie aus dem neuen Parlament.....               | 21    |
| Summary .....   | 25    |

30. Juni 1998

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist Professor für politische Soziologie an der Zrinyi-Militärakademie, Budapest. Diese Arbeit ist von Helga Szóke aus dem Ungarischen übersetzt worden.

Redaktion: Gyula Józsa



**A. Ferenc Szabó**

## **Parlamentswahlen in Ungarn 1998**

Parteien, Eliten und Gesellschaft im Spiegel der Wahlergebnisse

Bericht des BIOst Nr. 33/1998

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Die 1998 nun schon zum dritten Mal durchgeführten Wahlen stellen die Lebensfähigkeit der jungen ungarischen Demokratie und die Funktionsfähigkeit des Wahlsystems unter Beweis: Das 1989/90 entstandene ungarische Parteiensystem ist stabil. Es wird zwar darüber diskutiert, ob das ungarische System zwei- oder dreigeteilt ist, aber es entstehen die Grundbedingungen für eine parlamentarische Wechselwirtschaft. Im Gegensatz zu den Parteiensystemen anderer mittel- und osteuropäischer Länder ist das ungarische weniger zersplittert, was darin zum Ausdruck kommt, daß bei allen drei Wahlen sechs Parteien in das Parlament gelangten.

#### *Ergebnisse*

1. Bei den dritten freien Wahlen kam es entgegen vorherigen Erwartungen und Meinungsumfragen überraschenderweise zu einem Sieg der Opposition. Bisher haben alle drei demokratischen Wahlen ein Ergebnis gezeitigt, das zur Ablösung der jeweiligen Regierungskoalition führte. 1990 siegte die rechte christlich-nationale Koalition, 1994 das linke sozialistisch-liberale Parteibündnis; jetzt bildet die Koalition aus national-liberalen und agrarkonservativen Kräften die Regierung.
2. Obwohl der dritte Sieg der Opposition die Funktionsfähigkeit der politischen Wechselwirtschaft signalisiert, kann nicht von einem einfachen Schlagabtausch rechter und linker Kräfte die Rede sein. Während 1990 die gesamten rechten Kräfte, 1994 die gesamten linken Kräfte ein Bündnis schlossen, begrenzen die drei vor der Regierungsbildung stehenden Parteien das mögliche Bündnis nicht nur nach links, sondern auch in rechtsextremistische Richtung.
3. Ein Teil der politischen Analytiker betrachtet den ungarischen Schauplatz als dichotom, in links und rechts teilbar. Ihrer Meinung nach sind zwischen der sozialistisch-sozialdemokratischen linken Seite und der christlich-liberalen Seite zwei liberale Parteien plazierte.
4. Die beiden liberalen Parteien entstanden in den Jahren des Systemwandels. Bis 1998 hatten die Freidemokraten eindeutig den größeren Einfluß. Bei den jetzigen Wahlen hat sich aber das Blatt gewendet, denn die Jungdemokraten (FIDESZ-MPP) erhielten starken Aufwind. Ihnen gelang das, was dem SZDSZ nie gelungen war, nämlich als Sieger aus dem Wahlkampf hervorzugehen und in der neuen Regierung die dominierende Rolle zu spielen.

5. Deshalb scheint die ungarische politische Arena nur aus zwei Teilen zu bestehen, da die traditionelle Anschauung, die politischen Parteien in rechts und links einzuteilen, insofern richtig ist, als der SZDSZ sich aufgrund seiner gesellschaftlichen Wurzeln eher zu den sozialdemokratischen Werten hingezogen fühlt als der die junge Generation vertretende FIDESZ, dem die nationalen Werte und die historische Tradition nicht fremd sind.
6. Entscheidend für das Wahlergebnis waren einige wenige Monate vor der Wahl, als in der Überzeugung der Bevölkerung eine Wende eintrat. Das Konzept einer stillen Kampagne von seiten der MSZP hat sich nicht bewährt. Die überhebliche Parteileitung hatte auch nicht damit gerechnet, daß durch die Aufwärmung des Donau-Wasserkraftwerk-Themas, das bei der Wende eine große Rolle spielte, die öffentliche Meinung gegen sie stimuliert werden könnte.
7. Der weltweite Brauch des öffentlichen TV-Disputs der Parteivorsitzenden wurde von der Opposition unterstützt, weil ihr Anführer die Werte der demokratischen Gesellschaft authentischer vertrat. Zu seinen Gunsten fiel auch der scharf kontrastierende Generationsunterschied aus, was im übrigen auch der ganzen Wahl den Stempel aufdrückte, denn die ältere Generation sprach sich eher für die sozialistischen Werte aus. Dem stand die jüngere, modernere, in diesem Fall oppositionelle Auffassung gegenüber. Da die ältere Generation in Europa gleichfalls die christlich-nationalen Werte präferiert, verweist dieser Umstand darauf, daß die Siegerpartei eher im Zentrum plaziert ist als traditionell rechts.
8. Nach den Wahlen diktiert das Gesetz der Wahlmathematik, daß die FIDESZ-Bürgerpartei mit der konservativen Unabhängigen Kleinlandwirtepartei eine Koalition bildet. Diese Partei mit bewährten historischen Traditionen wird aber von einem eigenwilligen Politiker, von József Torgyán, geleitet. Seine populistische Persönlichkeit, seine Vergangenheit und sein Beziehungssystem, das noch immer unklar ist, können zu einer ernsthaften Belastung der neuen Regierung werden.
9. Projiziert man die Wahlergebnisse auf die Landkarte, dann zeigt sich, daß die Bürgerschicht im Westen Ungarns schneller wächst als im Osten. Der wahre Unterschied tritt jedoch in der Hauptstadt zutage, wo die Einkommensverhältnisse am günstigsten sind. Da sich unter den Schichten mit den höchsten Einkommen sowohl die bürgerliche Elite aus der christlich-nationalen Mittelklasse als auch die sozialistische Elite befinden, die ihre Beziehungen aus der sozialistischen Vergangenheit erfolgreich nutzt, ist Budapest gleichzeitig Zentrum der rechten wie linken Führungsschicht. Während in den Budaer Villenvierteln die traditionelle konservativ-nationale Wählerbasis zu finden ist, sind die in der Kádár-Epoche errichteten Wohnsiedlungen offenkundig sogenannte rote Zonen.
10. Die Gegenüberstellung von Wahlergebnissen und Eliteforschung in den letzten Jahren in Ungarn zeigt, daß die ungarische Gesellschaft – nach einer Unterbrechung von mehreren Jahrzehnten – den westeuropäischen Gesellschaften wieder ähnlich ist. Die aus dem Dornröschenschlaf erwachte konservativ-christlich-nationale Elite war 1990 noch schwächer als die sozialistisch-liberale Führungsschicht. Die jetzt an die Macht gelangte neue Generation dürfte allerdings schon konkurrenzfähig sein.

## Das Wahlsystem

Die ungarischen Parlamentswahlen bestehen seit 1990 aus zwei Wahlgängen. Im ersten können alle Kandidaten starten, die die entsprechende Menge sogenannter Empfehlungszettel gesammelt haben. In die zweite Runde gelangen je Wahlbezirk die ersten drei Kandidaten. 50% + 1 Stimme werden gebraucht, wenn jemand schon im ersten Wahlgang ein Mandat erhalten will. Das kommt selten vor, und 1998 ist das nur einem Abgeordneten gelungen. Im ersten Wahlgang wird auf einem zweiten Wahlzettel auch über den Stimmenanteil anhand der Parteilisten entschieden, vor allem zeigt sich die allgemeine Popularität der beteiligten Parteien.

Das ungarische Parlament hat relativ viele Abgeordnete: Es werden 386 Parlamentssitze besetzt. Allerdings gibt es keinen Senat. Seit der Wende ist die hohe Abgeordnetenzahl ständig im Visier der Kritik, vorläufig ist es aber noch nicht gelungen, die Zahl der Parlamentsabgeordneten zu senken. Ebenso viele Stimmen plädieren für die Aufstellung einer zweiten Kammer oder eines Senats.

Mehrere Experten sind der Meinung, daß die Vertretung der nationalen Minderheiten, die Präsenz der Kirchen, der Wissenschaft und last but not least der Interessenvertretungsorgane in einer zweiten Kammer besser untergebracht wäre, denn gegenwärtig konkurrieren die Parteien darum, diese Gruppen zu vertreten. Besonders dringlich ist die Lösung der parlamentarischen Vertretung der Minderheiten, denn Ungarn wird wegen dieser Unterlassung vielerseits kritisiert. In den Nachbarländern können nämlich die auf einem zusammenhängenden Gebiet lebenden Ungarn eine bedeutende Zahl an Abgeordneten wählen (in Rumänien sind es 30, in der Slowakei 15). Die zerstreut lebenden Vertreter der Minderheiten in Ungarn können im gegenwärtigen System nur dann zu einer Vertretung gelangen, wenn eine Partei sich für ihre Belange einsetzt.

Die Hälfte der Parlamentssitze wird im zweiten Wahlgang durch Kandidaten aus den individuellen Wahlkreisen besetzt. Interessant am ungarischen System ist die Neuverteilung der Reststimmen. Durch die 5%-Schwelle für den Einzug ins Parlament würden etwa 10% der Stimmen "verlorengehen", deshalb werden sie unter den Parteien, die ins Parlament gelangen, nach einem komplizierten Verfahren neuverteilt. Das ungarische Wahlsystem vereint einzelne Elemente des proportionalen und des Mehrheitswahlsystems, das gut funktionierende Parteien favorisiert. Ziel ist es, daß die aufgrund der Wahlen entstandenen parlamentarischen Kräfteverhältnisse den allgemeinen Wählerwillen adäquat widerspiegeln.<sup>1</sup> Die Lebensfähigkeit des Wahlsystems wurde im übrigen auch durch die dritte Parlamentswahl unter Beweis gestellt.

---

<sup>1</sup> András Körösnéyi: A magyar politikai rendszer, Budapest 1998, S. 148-161.



## Die Wahlergebnisse

**Beim ersten Wahlgang am 10. Mai 1998 gab es folgende Ergebnisse:<sup>2</sup>**

|   |                    |
|---|--------------------|
| Ungarische Sozialistische Partei (MSZP)         | 32,23%             |
| FIDESZ-Bürgerpartei (FIDESZ-MPP)                | 28,24%             |
| Unabhängige Kleinlandwirtepartei (FKgP)         | 13,71%             |
| Bund Freier Demokraten (SZDSZ)                  | 7,89%              |
| Ungarische Partei für Wahrheit und Leben (MIÉP) | 5,54%              |
| Arbeiterpartei (MP)                             | 4,08% <sup>3</sup> |

**Endergebnis nach dem zweiten Wahlgang vom 24. Mai<sup>4</sup>**

|   |        |             |
|---|--------|-------------|
| FIDESZ-Bürgerpartei (FIDESZ-MPP)                | 38,34% | 148 Mandate |
| Ungarische Sozialistische Partei (MSZP)         | 34,72% | 134 Mandate |
| Unabhängige Kleinlandwirtepartei (FKgP)         | 12,44% | 48 Mandate  |
| Bund Freier Demokraten (SZDSZ)                  | 6,22%  | 24 Mandate  |
| Ungarisches Demokratisches Forum (MDF)          | 4,40%  | 17 Mandate  |
| Ungarische Partei für Wahrheit und Leben (MIÉP) | 3,63%  | 14 Mandate  |
| Unabhängige                                     | 0,26%  | 1 Mandat    |

Da das Ungarische Demokratische Forum in einem Teil der Wahlbezirke gemeinsam mit der FIDESZ-Bürgerpartei Kandidaten aufgestellt hatte, erwarben sie Mandate, ohne die 5%-Schwelle erreicht zu haben. Wenn auch auf Umwegen, so sind im ungarischen Parlament wiederum sechs Parteien vertreten, entsprechend der traditionellen Gliederung zwei linke und vier rechte.

## Die politische Lage vor den Wahlen

Politische Analytiker haben Recht mit der Behauptung, daß der Wahlkampf eigentlich schon dann beginnt, wenn nach einer abgehaltenen Wahl die neue Regierung gebildet wird. Bereits im Herbst 1994, bei den Wahlen zu den kommunalen Selbstverwaltungsorganen, organisierte sich die Opposition nach der Bildung der Horn-Regierung aus Sozialisten (MSZP) und Freidemokraten (SZDSZ). Unter der Bezeichnung "Bürgervereinigung" versuchte man die Kräfte

<sup>2</sup> Népszabadság, 11.5.1998, S. 1.

<sup>3</sup> Die Arbeiterpartei gelangte nicht ins Parlament.

<sup>4</sup> Magyar Nemzet, 26.5.1998, S. 1.

zu vereinen, die bei den Wahlen 1994 verloren hatten: das Ungarische Demokratische Forum (MDF), die Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) und die Unabhängige Kleinlandwirtepartei (FKgP) sowie die FIDESZ-Bürgerpartei. Initiator war die FIDESZ-Bürgerpartei. Die Schaffung der vollständigen Einheit wurde jedoch durch den Widerstand der Kleinlandwirtepartei verhindert, die die größte Oppositionspartei werden wollte. Dieses Ziel erreichte sie aber im darauffolgenden Jahr, als die Hauptkraft des Systemwandels, das MDF, in zwei Teile zerbrach. Die Politiker, die früher Regierungsposten bekleidet hatten, wollten einer Neuwahl der Führungsgremien nicht zustimmen.

Das charakteristischste innenpolitische Symptom der Zeit zwischen 1994 und 1998 war die Fragmentierung der Parteien, die die rechte Seite der politischen Palette einnahmen. 1997 spalteten sich auch die Christdemokraten, und so standen den zwei Regierungsparteien, die im Parlament die absolute Mehrheit besaßen (72%), auf der Oppositionsseite sechs kleinere politische Vereinigungen (28%) gegenüber.

Alle Zeichen wiesen darauf hin, daß eine solche Zersplitterung der Opposition die Lage aussichtslos erscheinen ließ, obwohl die Kleinlandwirte eine Zeitlang laut Meinungsumfragen ebenso populär waren wie die Sozialisten. Auch den Popularitätsschwund aufgrund der im Frühjahr 1995 begonnenen wirtschaftlichen Schocktherapie konnte die Horn-Regierung überstehen. Inzwischen kam es aber bei den Kräfteverhältnissen zwischen den beiden Regierungsparteien zu einer grundlegenden internen Umgestaltung. Der SZDSZ, der ein radikales Spar- und Rationalisierungsprogramm vertrat, verlor seinem Partner gegenüber an Boden. Die sozialistische Elite zog aus diesen für sie günstigen Erscheinungen die Schlußfolgerung, die sich später als irrtümlich erwies, daß sie sich auf dem rechten Weg befindet, die Bürger hinter ihr stehen und sie alles tun könnte. Der Popularitätsgrad der Sozialistischen Partei hatte sich zwar kaum verändert, doch wurde die Bevölkerung neben der Schocktherapie von der Verbreitung der Kriminalität und der Korruption verunsichert und schockiert. In diesem Zusammenhang startete ein Politologe in dem einzigen maßgeblichen Blatt der Opposition eine Artikelserie unter dem Titel "Land ohne Konsequenzen".<sup>5</sup>

Tamás Fricz schrieb es der unterentwickelten politischen Kultur und der hochgradigen Politikverdrossenheit zu, daß die schweren Korruptionsfälle die Popularität der Regierung nicht beeinträchtigten, wo doch sehr schwere Fälle von Mißbrauch an die Öffentlichkeit drangen. Die schon unter der Antall-Regierung beanstandete Privatisierungspraxis wurde fortgesetzt, wobei die alte sozialistische Unternehmensleitung nahezu kostenlos zu Eigentum gelangte. Insbesondere wurde die Funktion der Banken kritisiert. Die Leitung der Agrobank wurde neben Goldschmuggel auch deshalb angeklagt, weil sie nur dann Kredite gewährte, wenn sie Besitzanteile der Unternehmung erhielt.<sup>6</sup> Auch der staatliche Sektor konnte sich nicht aus Skandalen heraushalten. Es fiel auf, daß die leitenden Beamten der größeren Regierungspartei 1-2 Jahre nach der Regierungsbildung aufwendige Villen bauen ließen. Gleichzeitig mit dem

---

<sup>5</sup> Tamás Fricz schrieb zwischen September 1996 und Mai 1998 etwa 20 Artikel unter diesem Motto.

<sup>6</sup> Am 8.5.1995 wurde der Bankvorsitzende Mihály Kovács inhaftiert, Magyarország Politikai Évkönyve, 1996, S. 394.

Machtantritt der Horn-Regierung begannen die Abrechnungsaktionen zumeist mit Explosionen auf offener Straße. Diese gefährdeten auch die Sicherheit unschuldiger Bürger.

Die größte Resonanz fand die sogenannte Tocsik-Affäre. Márta Tocsik, eine nicht registrierte Rechtsanwältin, wurde beim Staatlichen Privatisierungsamt beschäftigt, um bei der Übergabe des den kommunalen Verwaltungen zustehenden Vermögens einen für den Staat möglichst günstigen Wert auszuhandeln. Ihr illegaler, aber strafrechtlich noch nicht nachgewiesener Auftrag war, den beiden Regierungsparteien die notwendigen Mittel zu beschaffen.<sup>7</sup>

1997 übernahm die FIDESZ-Bürgerpartei die Rolle der führenden Oppositionspartei von der FKgP. Erhebungen zeigten aber, daß die Sozialisten haushoch führten, und die Frage war nur, wie hoch sie bei den Wahlen 1998 gewinnen würden. Würden sie wohl wieder allein die absolute Mehrheit erreichen oder müßten sie erneut mit einer anderen Partei koalieren?

Gyula Horn und sein Apparat wurden immer selbstsicherer. Zur Erhaltung ihrer Popularität trugen in hohem Maß die internationalen Erfolge bei. Die Wirtschaftsposition des Landes in der mitteleuropäischen Region verbesserte sich relativ gesehen und aus westlicher Sicht auch deshalb, weil Jugoslawien zerfiel und der rumänische, ukrainische und slowakische wirtschaftliche Übergang noch schwieriger als der ungarische verlief. Während besagte Länder mit ihren inneren Angelegenheiten zu kämpfen hatten, kam Ungarn mit großen Schritten den europäischen Institutionen näher. Insbesondere die NATO-Einladung verbesserte die Lage des Landes.

Scheinbar hatte sich die Strategie der sozialistisch-freidemokratischen Koalition bewährt: Man hatte den westlichen Erwartungen Genüge getan, denn die mit der Slowakei und Rumänien geschlossenen Grundlagenverträge bewiesen, daß keine revisionistische Politik betrieben wird und die Lage der in den Anrainerländern lebenden Ungarn über Vereinbarungen geregelt werden soll. In der zweiten Legislaturperiode hatte sich auch die Wirtschaft gefangen. Das war einerseits der Schocktherapie, andererseits dem hochgradigen Ausverkauf staatlichen Eigentums zu verdanken. Mit dem größten Teil der dadurch erworbenen Summen wurden die noch in der Kádár-Ära angehäuften Auslandsschulden getilgt.

Diese Erfolgsserie konnte die Opposition nur selten in Frage stellen. Beim Verkauf kommunaler Betriebe an ausländische Unternehmen machte sie darauf aufmerksam, daß Stromerhöhungen tragische soziale Folgen haben würden. Bei den ersten Schritten in Richtung EU-Beitritt wies sie darauf hin, daß es zu früh und nachteilig für die ungarischen Interessen sei, Ausländern den Landerwerb auch nur in indirekter Form zu gestatten. Eine Volksbefragungsinitiative kam nicht zum Zuge, die Regierung demonstrierte Stärke.

Ende 1997 verkündete der Internationale Gerichtshof in Den Haag das Urteil im Prozeß zwischen Ungarn und der Slowakei. Zur Vorgeschichte: 1992 hatte die damalige ungarische Regierung den Staatsvertrag über den gemeinsamen Bau des Wasserkraftwerkes an der Donau einseitig aufgekündigt, worauf die Slowakei die Donau auf einem langen Abschnitt umleitete.

---

<sup>7</sup> Magyar Nemzet, 15.10.1996.

Die Folge ist, daß die große und fruchtbare Insel Szigetköz auszutrocknen droht. Der internationale Gerichtshof fällt ein salomonisches Urteil: Beide Seiten wurden wegen ihrer einseitigen Schritte verurteilt und aufgefordert, die Situation einvernehmlich zu regeln. Die sozialistische Regierung begann mit schwer nachvollziehbaren Manövern. Unter Berufung darauf, das Mitbestimmungsrecht der Ungarn über den umgeleiteten Abschnitt der Donau wiederherstellen zu wollen, wurde die Konzeption des Staudammbaus der slowakischen Seite gebilligt. Bekanntlich hatte die Umweltschutzbewegung gegen das Kraftwerk bei der Wende in Ungarn eine große Rolle gespielt. Und jetzt mußten die Ungarn überrascht feststellen, daß die Sozialistische Partei dieses Vorhaben, gegen das sich auch die Vorgänger der reformkommunistischen sozialistischen Partei der letzten Regierung des Kádár-Systems mit Miklós Németh an der Spitze gesträubt hatten, für 600 Milliarden Forint verwirklichen möchte, d.h. die Summe, die die Bevölkerung der Schocktherapie unter Finanzminister Lajos Bokros zum Opfer bringen mußte. Auch die kleinere Koalitionspartei konnte den einseitigen Schritten von Gyula Horn nicht gleichgültig gegenüberstehen, denn zur Zeit der Wende war sie eindeutig gegen den Bau des Kraftwerks.

Daß der Ministerpräsident das Kraftwerk finanzieren wollte, ist unterschiedlichen Meinungen zufolge der Tatsache zuzuschreiben, daß sich Gyula Horn als der damalige Staatssekretär für Äußeres der Einhaltung des Vertrages zwischen den damals noch sozialistischen Ländern verpflichtet fühlte.<sup>8</sup> Die Kommentare machten auch darauf aufmerksam, daß der Mann an der Regierungs- und Parteispitze den vorangegangenen Ministerpräsidenten und potentiellen Parteikonkurrenten, den bei der Europäischen Bank für Entwicklung arbeitenden Miklós Németh, an der Heimkehr hindern wollte.<sup>9</sup> Denn auf dessen Initiative hin wurde die ungarische Beteiligung am Bau des Wasserkraftwerks eingestellt, die Verwirklichung des Projekts hätte in einer ökologischen Katastrophe geendet.

Die ungarische öffentliche Meinung wurde auch dadurch irritiert, daß Gyula Horn auffallend gute Beziehungen zum slowakischen Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar pflegte, mit dem er öfter Geheimverhandlungen geführt hatte. Bekanntlich ist Mečiar für die europäischen Staatsoberhäupter als Politiker nicht akzeptabel. Sein Populismus und seine unverhohlene Rußland-Orientierung führten dazu, daß sein Land nicht zu den EU-Beitrittskandidaten gehört. Für die Ungarn ist dabei die Person Mečiar schon deshalb ein rotes Tuch, weil er 1995 durch die Nichteinhaltung der Vereinbarungen des slowakisch-ungarischen Grundlagenvertrags in hohem Maße zur Beschneidung der Nationalitätenrechte der 600.000 in der Slowakei lebenden Ungarn beitrug.

Die sozialistische Parteiführung hatte in der Erneuerung des Kraftwerkbaus schon große Konzessionen gemacht, als sie nach dem Umschwenken des Verbündeten und aufgrund der abweisenden Reaktionen der öffentlichen Meinung ihr Vorhaben schnell änderte und die Unterzeichnung der Vereinbarung mit den Slowaken auf die Zeit nach den Wahlen verschob. Diese Ereignisse führten dazu, daß die FIDESZ-Position stufenweise gefestigt wurde und den zer-

---

<sup>8</sup> Népszabadság, 8.10.1988.

<sup>9</sup> Magyar Forum, 5.3.1998, S. 2.

streuten rechten Anhängern klar wurde, daß die Ablösung der sozialistischen Regierung nur durch Schulterluß in Angriff genommen werden konnte.

Die Sozialisten führten eine eigentümliche Wahlkampagne. Mit Rückblick auf die wirkungslose antikommunistische Kampagne bei den Wahlen 1994 setzten sie darauf, daß schimpfende und Streitende Politiker bei der Bevölkerung verpönt sind. Sie entschieden sich für eine stille Kampagne und hofften, daß die Wahlbeteiligung gering sein würde und die Wahlen zu ihren Gunsten ausfielen, daß sie mit der Aktivierung des Potentials ihrer an die alte Staatspartei disziplin gewöhnten Sympathisanten ihre politische Position wahren könnten.

Mit der Wende waren in Ungarn Institute für Meinungsforschung entstanden. Anfangs hatten sie kein großes Ansehen, denn man betrachtete sie als den verlängerten Arm politischer Parteien, und das nicht ganz unbegründet. Als sie die Ergebnisse der Wahlen von 1994 recht präzise prognostizierten, wuchs ihr Ansehen. Und doch war den in der Politik bewanderten Bürgern klar, welches Institut zu welcher Partei tendierte. Einen neuen Ansatz brachte das auch international angesehene Gallup Institut ein.<sup>10</sup>

Obwohl sich die Soziologen scheinbar der einen oder der anderen Seite verpflichtet fühlten, schätzten sie die politische Lage in einigen wichtigen Fragen im großen und ganzen ähnlich ein. Sie stimmten darin überein, daß eine ruhige Kampagne und eine damit verbundene niedrige Wahlbeteiligung die Sozialisten begünstigt würde. Alle erkannten, daß mit der nahenden Wahl der Vorsprung der Sozialisten geringer wird. Die Institute wiesen darauf hin, daß gegenüber den Traditionen der ersten beiden demokratischen Wahlen, wo die Ergebnisse der ersten Runde in der zweiten noch gestärkt wurden, dies jetzt wahrscheinlich anders sein wird, da die fragmentierten Wähler der Oppositionsparteien in der zweiten Runde anstelle der ausgeschiedenen Kandidaten die der größten oppositionellen Partei wählen würden.

Eine spezifische Lage entstand, als die größte Oppositionspartei einige Monate vor der Wahl oppositionelle Politiker anzog, die früher andere Parteien präferierten, und ebenfalls die Strategie einer zurückhaltenden Kampagne wählte. Sie verließ sich auf den zweiten Wahlgang, auf die Aktivierung der sympathisierenden Wähler. Die Meinungsforscher wiesen auch nach, daß die ungarische Gesellschaft unter dem Generationenaspekt noch nie so stark gespalten war. Während im Kreis der über 50jährigen die Sozialistische Partei vor der Wahl viel populärer war, fühlte sich die junge Generation eher von FIDESZ angezogen.<sup>11</sup> Die Mobilisierung vor dem zweiten Wahlgang war also nicht nur deshalb wichtig, um alle rechten Stimmen zu sammeln, sondern auch die Popularität des FIDESZ im Kreis der jüngeren Wähler geltend zu machen. So kam es nicht nur in der Geschichte der ungarischen demokratischen Wahlen, die auf eine kurze Vergangenheit zurückblicken, sondern auch in der Geschichte der Wahlen mit zwei Wahlgängen allgemein dazu, daß in der zweiten Runde eine höhere Beteiligung zu verzeichnen war als in der ersten (52,26% bzw. 57,01%). So hatte sich das Blatt gewendet. Im ersten Wahlgang hatte die MSZP aufgrund der Stimmen für die regionalen Listen 32,23%

---

<sup>10</sup> Im ersten Halbjahr 1998 veröffentlichte das Gallup Institut wöchentlich seine politischen Prognosen in der Tageszeitung "Magyar Nemzet".

<sup>11</sup> Magyar Nemzet, 2.6.1998, S. 1.

erreicht, FIDESZ schaffte 28,24%, die Kleinlandwirte 13,71%, die Freidemokraten aber nur 7,89%. Weder das MDF noch die Arbeiterpartei (linksextremistische Partei, die offen das Erbe der Kádár-MSZMP vertritt), noch die Ungarisch Demokratische Volkspartei (1995 aus dem MDF abgespaltene Funktionärspartei) oder die Christlich-Demokratische Volkspartei schafften die 5%-Schwelle für den Einzug ins Parlament. Eine absolute Überraschung war allerdings, daß die rechtsextremistische MIÉP, die von István Csurka geleitet wird, der 1993 im MDF József Antall trotzte, ins Parlament gelangte. Das hatte ein Meinungsforschungsinstitut in den letzten Tagen vor der Wahl vorhergesagt, doch nur wenige hatten es geglaubt.<sup>12</sup>

Die Präsenz der Rechtsextremisten als selbständiger Partei im ungarischen Parlament war eine neue Erscheinung, was den Linken eine ernste Propagandawaffe in die Hand gab: Das Land hätte sich nach rechts gewendet, es müsse verhindert werden, daß Extremisten an die Macht gelangen. Die FIDESZ-Politiker mußten alle prinzipiellen Konsequenzen tragen und die ganze Energie aufbringen, um sich von dieser Kraft abzugrenzen und ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen.

Zwischen den beiden Wahlgängen kam es zum öffentlichen TV-Disput der Anwärter der beiden größten Parteien auf den Ministerpräsidentenposten.<sup>13</sup> Der 65jährige Gyula Horn vermied dieses Treffen lange Zeit, schließlich mußte er dem eindeutigen Ansinnen der Öffentlichkeit Genüge leisten. Obwohl er beim Streitgespräch nicht schlecht abschnitt, konnte doch der etwas zurückhaltende, höfliche 35jährige Viktor Orbán vor den Ungarn und der Welt sein Wissen präsentieren, konnte beweisen, daß er keinen zum Populismus tendierenden postkádáristischen Stil mitbringt, sondern den modernen politologischen, soziologischen Disput beherrscht. Diese Werte waren selbstverständlich eher intellektueller Natur, und verfehlten – wie von Meinungsforschern belegt – auch nicht ihre Wirkung auf die besser ausgebildeten Bürger. Auch die Feststellung kommt der Wahrheit sehr nahe, daß über die Generations- und Sozialisierungsattitüden hinaus die alte und neue, die Rostower und die Oxforder Bildung in der Öffentlichkeit aufeinandertrafen.<sup>14</sup> Das trug dazu bei, daß die FIDESZ-Bürgerpartei in der zweiten Runde ihre Position, wenn auch nur um einige Prozentpunkte, weiter festigen konnte.

### **Auswertung der Wahlergebnisse**

Die ungarischen Parlamentswahlen des Jahres 1998 wurden seit der politischen Wende 1989/90 nun schon zum dritten Mal unter demokratischen Bedingungen durchgeführt. Es spricht von der Lebens- und Funktionsfähigkeit der ungarischen Demokratie, daß bei jeder Wahl anders orientierte und zusammengesetzte Parteien bzw. Koalitionen zum Zuge kamen. Jede Regierung wollte natürlich ihre Macht bewahren und das Regieren fortsetzen. Péter Boross, Nachfolger des 1993 verstorbenen Ministerpräsidenten József Antall, vor den Wahlen

---

<sup>12</sup> Heti Világgazdaság, 8.5.1998, S. 66.

<sup>13</sup> Ungarisches Fernsehen, 1. Programm, 20.5.1998 Während der Sendung waren die Budapester Straßen nahezu menschenleer.

<sup>14</sup> Gyula Horn erwarb sein Diplom in Rostow (Sowjetunion), Viktor Orbán nahm an einem Postgraduiertenkolleg in Oxford teil.

1994 erklärte, daß zu einer wirklich erfolgreichen Bewältigung der Aufgaben noch eine Legislaturperiode notwendig wäre. Der immer wiederkehrende Hinweis des Sozialisten Gyula Horn, daß es zu seiner Regierung keine wirkliche, funktionsfähige Alternative gebe, ging damit Hand in Hand. Die meisten Wähler gingen kein einziges Mal auf diesen Stimmenfang ein, sondern trafen souverän ihre Entscheidung. So erhielt die FIDESZ-Bürgerpartei die Möglichkeit zur Regierungsbildung.

Viele Analytiker betrachteten die Effizienz des ungarischen Wahlsystems und den "Mut" der Wähler, neuere Parteien und Politiker zu beauftragen, schon als klassische Äußerung der politischen Wechselwirtschaft.<sup>15</sup> Ein Beobachter aus Österreich war der Meinung, daß die Ungarn geradezu beispielgebend seien für die Welt, insbesondere für die Österreicher, die unter einer großen Koalition litten, die die wahren Probleme vertuschte. Man könne also auch mit der Waffe der politischen Demokratie etwas mehr riskieren.<sup>16</sup>

Unserer Meinung nach gibt es – obwohl sich die ungarische Parteienstruktur im vergangenen Jahrzehnt bedeutend verändert und vereinfacht hat – noch keine entwickelte politische Wechselwirtschaft. Dazu fehlen vorläufig die wirtschaftlichen und die gesellschaftlichen Bedingungen. Eine große und vieldiskutierte Frage des ungarischen politischen Systems lautet, ob die ungarische Parteilandschaft zwei- oder dreigeteilt ist. Bei der Wende schien es eine Zeitlang so, als würde in diesem kleinen postkommunistischen Land im wesentlichen der Kampf zwischen alt und neu ausgetragen. Auf der einen Seite stehen die Anhänger des alten Systems, auf der anderen Seite die politischen Kräfte des Systemwechsels. Bei der Regierungsbildung 1990 stellte sich heraus, daß die Kräfte, die das sozialistische System abgelöst hatten, grundlegend in zwei Hauptgruppen geteilt sind: in eine christlich-national-konservative und eine liberale. Den dritten Teil bilden die Reformkommunisten.

1994 kam es zu einer gründlichen Veränderung der Kräfteverhältnisse. Die Ungarische Sozialistische Partei, die vor vier Jahren eine große Niederlage erlitten und im Parlament nur 10% der Stimmen hatte, errang die absolute Mehrheit (54%). Die Regierungsbildung erfolgte aber mit der größeren liberalen Partei, dem Bund Freier Demokraten (18%). Neben den Rechten mußte auch die kleinere liberale Partei, die Jungdemokraten, in die Opposition gehen.

Die Regierung von 1994, die über eine qualifizierte Parlamentsmehrheit von 72% verfügte, wurde nun 1998 durch eine neue Konstellation abgelöst, deren Hauptkraft die Jungdemokraten sind. Diese schlossen vor den Wahlen einen Vertrag über Zusammenarbeit mit dem Ungarischen Demokratischen Forum, das zwar stark geschwächt (4,4%), jedoch bekannt war und über Regierungspraxis verfügte und an dessen Spitze einst der verstorbene Ministerpräsident József Antall gestanden hatte. Nach der Wahlmathematik ist die Kleinlandwirtepartei, die in der ersten demokratischen Amtsperiode in Ungarn schon einmal in der Regierung war (12,4%), der potentielle Verbündete.

---

<sup>15</sup> Tamás Fricz: Az első lépés a politikai váltógazdaság felé (Erster Schritt in Richtung politische Wechselwirtschaft), in: Magyar Nemzet, 12.5.1998, S. 7.

<sup>16</sup> Die Presse, 26.5.1998, S. 1-3.

Das ungarische Parteiensystem kann also nicht mit einer einfachen Formel beschrieben werden, kann also nicht durch links und rechts adäquat erfaßt werden. Das ungarische System ist immer noch dreigeteilt, denn die Liberalen bilden darin weiterhin eine bedeutende Kraft. So wie der postkommunistische Charakter der Horn-Regierung vier Jahre lang durch die Präsenz der Freidemokraten abgeschwächt wurde, so wird nach 1998 auch keine reine rechte Konstellation regieren, denn es ist mit einer liberal-konservativen Regierung zu rechnen, die "im Zeichen des Wechsels" gegenüber dem Übergewicht der ersten beiden Legislaturperioden – zuerst konservativ-national, dann sozialistisch – jetzt überwiegend liberal sein wird. Ein Rechtsruck in Ungarn entspricht also nur teilweise der Realität. Er erfolgt nur relativ gesehen, insofern als nach der sozialistischen Dominanz eine Mitte-Rechts-, eine liberale Vorherrschaft folgt. Das politische Pendel ist also nicht bis zu dem Punkt zurückgeschwungen, an dem es sich zwischen 1990 und 1994 befand.

Trotzdem versteht man den Sinn der ungarischen Veränderungen nicht, wenn man die Gestalt der beiden liberalen Parteien nicht näher untersucht. Schon um 1990 war ansatzweise zu erkennen, daß die FIDESZ-Führung, die sich aus der Jugendbewegung der Universitäten rekrutierte, anders dachte als die aus der demokratischen Opposition des Kádár-Systems stammenden Freidemokraten. In der Oppositionsbewegung der 70er und 80er Jahre steckte noch der charakteristische Gegensatz zwischen Vätern und Söhnen, die sich als Kinder von hohen Kadern mit dem kommunistischen System entzweiten. Aus dem Totalitarismus der Diktatur des Proletariats folgte logischerweise, daß nur die Sprößlinge der herrschenden Elite sich Kenntnisse aneignen konnten, die zur Teilnahme an politischen Diskursen befähigten. Im spezifischen ungarischen Milieu der 80er Jahre ergab sich die Möglichkeit des Weiterlernens, über das Fachkollegiumsystem der Universitäten konnte eine solche junge Generation die Prinzipien und die Praxis der Politik erlernen, die dann schon nicht mehr mit tausend Banden mit dem bestehenden Regime verknüpft war. Diese Jugendlichen wurden unmittelbar zu Anhängern der bürgerlichen Demokratie, sie bedurften keiner langwierigen, komplizierten geistigen Entwicklung wie ihre liberalen Kameraden, die den spezifischen Weg der Opposition der sozialistischen Länder über den Maoismus, den Lukácsismus und den Reformkommunismus durchliefen, bis sie zur substantiellen Akzeptanz der westlichen Demokratien gelangten.

Diese neue liberale Jugend unterschied sich auch dadurch von der älteren Generation, daß sie den internationalen Traditionen und den nationalen Werten offener gegenüberstand als vielleicht die Freidemokraten durch die Brille der marxistischen Dogmen. FIDESZ war lange Zeit kleiner und schien die Jugendorganisation der Freidemokraten zu sein, definierte sich aber schon Anfang der 90er Jahre, zu Zeiten der Antall-Regierung, als national-liberal. Im Rückgriff auf das ungarische liberale Traditionssystem des 19. Jahrhunderts, das sich vor allem aus den Ideen der Revolution von 1848 nährte, bezeichneten sich die Anhänger als "Freigesinnte", um zu zeigen, daß ihnen selbst die konservative Weltanschauung nicht fremd sei.



Im Gegensatz dazu verbindet der SZDSZ den Liberalismus ausschließlich mit linken Werten.<sup>17</sup>

Der gravierende Unterschied zwischen den beiden ungarischen liberalen Parteien zeigt sich in ihrem Verhältnis zum Kommunismus und zur postkommunistischen Sozialistischen Partei. Obwohl sich der SZDSZ als Motor der Wende betrachtet, fand er während der Antall-Regierung in der Opposition relativ leicht den Weg zur Zusammenarbeit mit den Sozialisten. FIDESZ war konsequenter, denn er kritisierte zwar unversöhnlich das rechte Regime, war aber nicht geneigt, den Postkommunisten in den Sattel zu helfen. Der Unterschied zwischen den beiden liberalen Parteien ist also nicht neueren Datums und betrifft nicht nur die Interpretation der gesellschaftlichen Wende, sondern beruht auf einem charakteristischen Unterschied der sozialen Rekrutierungsbasis.

Die bei den drei freien Wahlen entstandenen Kräfteverhältnisse zusammenfassend kann folgendes gesagt werden: Das sozialistische Einparteiensystem wurde 1990 von einer konservativ-christlich-nationalen politischen Koalition abgelöst, die die gesamte politische Rechte umfaßte. Infolge interner Kämpfe schieden die radikalen Rechten aus der Koalition aus. So geschwächt verloren die Rechten die Gunst der ungarischen Wähler, die nach der politischen Wende sofort die Wohlstandsgesellschaft erwartet hatten. Es folgte eine sozialistisch-liberale Zweierkoalition an der Regierung. Im Mai 1998 wurde die Macht von einer dem politischen Zentrum nahestehenden national-liberalen Sammelpartei übernommen, die zu einem Bündnis mit der national-konservativen Agrarpartei, der Kleinlandwirtepartei, gezwungen ist. Nicht Teil dieses Bündnisses ist allerdings die 1993 gegründete nationale radikale Partei, die Ungarische Partei der Gerechtigkeit und des Lebens, MIÉP. Nach den Regierungen unter Antall und Boross, die die gesamte Rechte umfaßten, und der linken Horn-Regierung versucht jetzt die politische Mitte-Rechts-Konstellation die Regierungsbildung. Aus dieser spezifischen Lage ergeben sich Vorteile, aber möglicherweise auch Nachteile. Während sie sich von der kompromittierten sozialistischen Elite und der mit ihr zusammenarbeitenden liberalen Partei eindeutig abgrenzt, zieht sie auch nach rechts einen scharfen Trennstrich. Die neuen Regierungskräfte möchten nämlich die in den osteuropäischen Ländern (Jugoslawien, Rumänien, Slowakei) als salonfähig betrachteten Rechtsradikalen nicht in der Regierung mitmischen lassen.

Diese Abgrenzung nach zwei Seiten ergibt sich natürlich neben der prinzipiellen Entschlossenheit auch aus der parlamentarischen Mathematik. Es hat keinen Sinn, der anderen liberalen Partei, dem SZDSZ, nach dessen Zusammenarbeit mit den Sozialisten die Hand zu reichen und zu "vergeben". Politische Prinzipien und die Spezifika des parlamentarischen Zwangs sind also für die Lage nach dem Wahlsieg von FIDESZ in Ungarn bestimmend.

Der allein in Frage kommende Verbündete, die Kleinlandwirtepartei, ist kein idealer Partner. Ihr Vorsitzender József Torgyán tauschte 1989 die Laufbahn eines Rechtsanwalts mit der eines Politikers. Seine Rhetorik ist nicht frei von Populismus. Er hatte erkannt, daß beim

---

<sup>17</sup> A polgári Magyarorszáért – A FIDESZ Magyar Polgári Párt vitaanyaga (Für ein bürgerliches Ungarn. Diskussionsbeitrag der FIDESZ-Bürgerpartei), Budapest 1996, S. 10.

Schutz von Agrarinteressen in Ungarn ein Vakuum entstanden war. In seinen Ausführungen fehlen auch antieuropäische Motive nicht. Der verarmte, arbeitslose kleine Mann in der Provinz hat ein offenes Ohr für seine Ausfälle gegen die sich bereichernde Elite und die Reste des sozialistischen LPG-Systems ("Kolchossystem"). Als Persönlichkeit ist er eigenwillig, in seiner Partei übt er autoritär Macht aus. In dem potentiellen Bündnis mit seiner Partei meinte die linke Wahlpropaganda eine ganz besonders wirksame Waffe gegen den FIDESZ zu haben. Aus dem Namen des FIDESZ-Vorsitzenden Orbán und aus dem Namen Torgyán wurde den Ausdruck "Orgyán" gebildet, vor dem man Angst haben sollte.<sup>18</sup> Die Insinuation kam aber nicht an, weil FIDESZ sich während des ganzen Wahlfeldzuges erfolgreich von der Kleinlandwirtpartei distanzieren konnte.

Über die Mentalitäts- und Generationsunterschiede hinaus sind auch die Programme der beiden Parteien schwer zu vereinbaren. Um die Unterscheidbarkeit aufrechtzuerhalten, schlug FIDESZ vor, daß die Partei, die den Minister stellt, auch die Staatssekretäre benennen soll. Damit sollte mit der Tradition der vorangegangenen Regierungen gebrochen werden, als ein Teil der Staatssekretäre aus Proporzgründen nicht aus der Partei des Ministers delegiert wurde. Neben der Vermeidung von Streitigkeiten und der sich oft daraus ergebenden Diskrepanzen würde diese Strategie auch eine bessere Abgrenzung der Regierungsverantwortung ermöglichen.<sup>19</sup>

### **Regionale Differenzen auf der politischen Landkarte**

Obwohl Ungarn seit dem Friedensvertrag von Trianon im Jahr 1920, als es seine von vielen Nationalitäten bewohnten Randgebiete verlor, eines der homogensten Länder Europas ist, sind auf dem Landesterritorium doch regionale Unterschiede vorhanden. In den knapp zehn Jahren seit der Wende haben sich diese historischen Differenzen noch verschärft. Traditionell ist der Nordosten Ungarns am weitesten zurückgeblieben. Es ist heute von drei "Teilländern" zu sprechen. Diese geistreiche Definition stammt von dem Politologen László Lengyel: Die Gebiete östlich der Donau bilden "Hunnia" (Land der Hunnen), westlich der Donau in Transdanubien befindet sich "Pannonia". Wirtschaftlich wie gesellschaftlich, in der Denkweise und Mentalität ist der östliche Landesteil Asien. (Hier leben die Nachfahren der Volksgruppen, die sich den Ungarn nach der Landnahme anschlossen: Kumanen, Palotzen; seit dem 16. Jahrhundert ist – zumindest westlich der Theiß – die Mehrheit der Bevölkerung reformiert, d.h. protestantischen Glaubens.) Laut dieser Auffassung zählt nur Pannonia wirklich zu Europa,<sup>20</sup> in seinem Namen ist das römische Erbe enthalten. Zweifelsohne bestehen Unterschiede und sie nehmen auch zu, doch dürfen sie nicht überschätzt werden. Die Konzeption, die Hunnia und Pannonia gegenüberstellt, kann beispielsweise nichts mit den beiden großen östlich

---

<sup>18</sup> Tibor Várkonyi: Doktor Orgyán, in: 168 óra, 21.4.1998, S. 5.

<sup>19</sup> Magyar Nemzet, 28.5.1998.

<sup>20</sup> László Lengyel: Korunkba zárva (In unsere Epoche eingeschlossen), Budapest 1994; S. 183.

gelegenen, namhaften Universitätsstädten Debrecen und Szeged anfangen. Zwischen den beiden Regionen liegt die Hauptstadt Budapest, wo 20% der Bevölkerung des Landes leben.

Ein altes Charakteristikum Ungarns ist das gewaltig gewachsene und sich im Gegensatz zur Peripherie entwickelnde Zentrum, das die Ungarn im allgemeinen auch als krankhaften "Wasserkopf" bezeichnen. Die gesellschaftliche Zusammensetzung der Hauptstadt ist auch eine andere als die des ganzen Landes. Die früheren deutschen, slawischen und jüdischen Wurzeln sind hier heute schon weniger nachzuweisen, eine besonders geartete Kultur ist aber geblieben, was sich selbstverständlich vor allem in der höheren Stufe der Schulbildung, dem Unternehmungsgeist und der Rezeptivität für westliche Ideen zeigt.

Budapest ist die Wende relativ gut bekommen. Die Arbeitslosigkeit macht sich kaum bemerkbar, während sie in Nordost-Ungarn und in der Tiefebene 25-30% beträgt. Die Einkommen sind im Vergleich zum Landesdurchschnitt auch überdurchschnittlich, nahezu doppelt so hoch. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist außer in Budapest nur in einzelnen transdanubischen Komitaten höher, aber auch dort liegt es noch weit unter dem in der Hauptstadt.

Ungarn ist in 20 größere Verwaltungseinheiten eingeteilt: Budapest und 19 Komitate. Beim ersten Wahlgang hatte aufgrund der regionalen Listenergebnisse die Opposition nur in sechs Komitaten mehr Stimmen: in den vier nordwestlichen Komitaten Győr-Sopron-Moson, Veszprém, Vas und Zala sowie im Zwischenstromland von Donau und Theiß in den Komitaten Bács-Kiskun und Csongrád (in der Gegend von Szeged). Zweifelsohne spielte hierbei auch eine Rolle, daß in diesen transdanubischen ("pannonischen") Gebieten die Modernisierung und die Entwicklung des Bürgertums am weitesten vorangeschritten ist und hier seit Generationen bürgerliche Traditionen ernsthaft gepflegt werden. Diese Komitate waren schon bei den Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht linksgerichtet, auch 1990 bildeten sie die starke Basis der Wende. Aus dem bürgerlichen Traditionssystem und der wirtschaftlichen Prosperität allein ist aber die regionale parteipolitische Präferenz des Landes nicht zu erklären. Wo wäre dann die Hauptstadt einzuordnen, wo sich die Einkommen deutlich abheben und wo die ökonomische und geistige Elite des Landes lebt?

So wie Ungarn entlang der Donau in zwei Teile geteilt ist, so verhält es sich auch mit Budapest. Der westliche Stadtteil Buda mit dem Burgviertel und die eleganten Villenviertel sind die Wohnorte der ungarischen Elite. Das stärker bevölkerte und ärmere Pest am Ostufer der Donau umfaßt die City mit ihrem kleinen Territorium, die heruntergekommenen und verslumten Stadtteile sowie die im Sozialismus errichteten gewaltigen Wohnviertel. An der Peripherie verschmelzen die großen Dörfer mit der Stadt, hier sind viele Häuser mit Gärten zu finden. Die vier zentralen Budaer Stadtbezirke sind das Gebiet der führenden Intellektuellen. 1994 haben hier die meisten Bürger auch bei dem erdrutschartigen Sieg der Sozialisten für die rechtsgerichteten Parteien gestimmt. Das war auch 1998 so. Die im Pester Stadtteil liegenden Wohnviertel aber funktionierten als klassischer "roter Gürtel", hier blieb die sozialistische Dominanz erhalten. Die Stadtteile mit Gärten und die eine Million Wähler des Komitats Pest um die Hauptstadt herum entschieden sich dagegen größtenteils für die Opposition.

In der Budapester Arena erzielte die Sozialistische Partei die meisten Mandate, 18 von den 32 Einzelmandaten. Summa summarum hatten die Sozialisten hier über 100.000 Stimmen mehr als die siegreiche FIDESZ-Bürgerpartei. Zwischen den Einkommensverhältnissen und der Parteipräferenz besteht in der Hauptstadt also keine enge Korrelation.

Die Budapester Wähler der Sozialisten vergleichen ihre Lage nicht mit der der schlechter situierten Bürger in der Provinz, sondern mit der der großstädtischen Elite. Aus dieser Perspektive betrachten sie sich nicht als Sieger der Wende. Sie neigen dazu, die sozialistisch-sozialdemokratischen Werte zu akzeptieren. Es gibt ihnen nicht zu denken, daß die führende Schicht der Sozialisten zur reichsten und erfolgreichsten Schicht der ungarischen Elite gehört. Die ehemaligen Funktionäre und Unternehmensleiter konnten beim Systemwechsel dank der Privatisierung oder aufgrund ihrer Verbindungen übergangslos ihre Rolle wechseln. Die alte sozialistische Elite wandelte sich zur Vorhut der kapitalistischen Entwicklung, während sie weiterhin glaubt und propagiert, linksgerichtet zu sein.

Die ungarischen Sozialforscher sind in der Frage gespalten, wie sich das Gewicht der früheren sozialistischen Elite unter den kapitalistischen Verhältnissen verteilt. Der Soziologe Elemér Hankiss machte schon in den Jahren vor der Wende darauf aufmerksam, daß die frühere politische Führung sowie die Wirtschafts- und Finanzelite eine Art Übereinkunft geschlossen hätten. Daran seien die Nachkommen der traditionellen Mittelklasse und aus einfachen Familien stammende Selfmademen beteiligt.<sup>21</sup>

Die Kinder der kommunistischen Partielite wurden in die besten Managerschulen geschickt und bereits in den 80er Jahren wurde auch in den Kaderfamilien der englischen und deutschen Sprache vor der russischen der Vorzug gegeben. Der ungarische Systemwandel verlief wie eine Evolution, weitaus friedlicher als in den anderen sozialistischen Ländern. János Kádár und seine Anhänger achteten infolge der Phobie des Jahres 1956 stets darauf, daß das Lebensniveau "gehalten" wird, um eine neue Revolution zu verhindern. Das war das Hauptmotiv für die Wirtschaftsreformen und machte die vorsichtige Durchführung der Kollektivierung der Landwirtschaft akzeptabel. Als es keine anderen Möglichkeiten mehr gab, diente ein guter Teil der westlichen Darlehen zur Beruhigung der Gemüter.

## **Die herrschende Elite und die Wahlen**

Seit der Wende in Ungarn sind nahezu zehn Jahre vergangen, und doch macht sich Tag für Tag die 40jährige sozialistische Vergangenheit bemerkbar. Der Grund ist, wie erwähnt, daß in Ungarn keine radikale Wende erfolgt war. Als 1990/91 der Antall-Regierung von ihren Anhängern den Vorwurf gemacht wurde, das "Hinüberretten" der Wirtschaftsmacht der früheren sozialistischen Oligarchie zu dulden und die kompromittierten Vertreter des alten Systems nicht massenweise aus leitenden Positionen verjagt zu haben, antwortete der Ministerpräsident mit der Frage: "Warum haben Sie denn keine Revolution gemacht?"<sup>22</sup> Dieser Satz ist in

---

<sup>21</sup> Elemér Hankiss: Kelet-európai alternatívák (Osteuropäische Alternativen), Budapest 1989.

<sup>22</sup> Sándor Révész: Antall József távólról (József Antall aus der Ferne), Budapest 1995.

Ungarn zum geflügelten Wort geworden, da er geistreich komprimiert die entstandene Lage zum Ausdruck bringt. Da die ungarische Wende friedlich und stufenweise erfolgte und von ständigen Verhandlungen, Vereinbarungen und Kompromissen geprägt war, konnte in keinem Segment des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lebens abgerechnet werden.

Die Machtelite der sozialistischen Epoche konnte sich auch aufgrund der neuen demokratischen Gesetzgebung nach den freien Wahlen bedeutende Positionen erhalten. Die ungarischen Forscher aber beeilen sich darauf hinzuweisen, daß der Begriff der gesellschaftlichen Elite nicht auf die jeweiligen Funktionäre beschränkt bleiben darf. Auch während der härtesten Diktatur wurden nationale Tradition, Arbeitskultur und Bildung bewahrt und vererbt. Da die Geschlossenheit der ungarischen Gesellschaft und die Lenkung von oben nach 1956 in hohem Maß gelockert wurden, boten sich zahllose Wege und Möglichkeiten, die christlich-nationalen Traditionen zu erhalten. Die Kommunisten konnten in den Köpfen der ungarischen Bevölkerung keine Tabula rasa machen.

Unter den ungarischen Forschern entwickelte sich ein Streit darüber, welche gesellschaftlichen Elitegruppen die Initiatoren und Vollzieher der Wende waren. Eine Position umriß den Kreis, aus dem die Veränderungen stammten, folgendermaßen: "Bei der Initiative zur politischen Wende spielten drei Elitegruppen eine bestimmende Rolle: die späten Kádár-Technokraten, die außerhalb der Machtinstitutionen plazierte und die zweite Öffentlichkeit bildende demokratische Opposition sowie die neue Reformer-Intelligenz, die aus zwei Teilen bestand, der eine gruppierte sich um die demokratische Opposition, der andere bildete den Kern des Lagers von Volksdichtern, die sich um die nationalen Ideologien organisierten."<sup>23</sup> Die Kritiker dieser Ansicht weisen darauf hin, daß dieser Standpunkt einseitig sei und daß die Wende vor allem der sich stufenweise entwickelnden Konzeptionsänderung der linken Intellektuellen zuzuschreiben sei. Als Sinn der Wende wird die Tatsache betrachtet, daß die sozialistische Machtelite vom sozialistisch-kommunistischen gesellschaftlichen Modell zur bürgerlichen Demokratie übergang, daß aus den Anhängern der sozialistischen Planwirtschaft in relativ kurzer Zeit Vorkämpfer des liberalen Monetarismus wurden.<sup>24</sup>

Ein Teil der Forscher gibt sich nicht mit der obigen Beschreibung des Prozesses zufrieden. Sie setzen die Elite nicht mit dem Kreis des sozialistischen Apparats und den Unternehmensleitern gleich, denn sie sind der Meinung, daß im tiefsten Inneren der Gesellschaft das traditionelle intellektuelle Denken und das Lebensideal erhalten geblieben sind, daß der politischen Macht zwar Zugeständnisse gemacht wurden, man sich aber nicht mit ihr identifizierte.<sup>25</sup> Dieses auf früheren bürgerlichen Traditionen basierende Anschauungssystem gab sich nie mit der vorsichtigen Korrektur der dem Land aufgezwungenen gesellschaftlichen Verhältnisse zufrieden. Diese bürgerliche Elite konnte 1990 eine Regierung bilden. In dieser Regierung mit József Antall an der Spitze war kein ehemaliges Mitglied der kommunistischen Partei zu fin-

---

<sup>23</sup> Erzsébet Szalai: *Az elit átváltozásai* (Die Veränderung der Eliten), Budapest 1995, S. 24-25.

<sup>24</sup> István Elek: *A bal-liberális elit válsága* (Krise der linksliberalen Elite), Budapest 1996, S. 139-150.

<sup>25</sup> Rudolf Andorka: *Merre halad a magyar társadalom?* (Wohin bewegt sich die ungarische Gesellschaft?), Lakitelek 1996.

den. Antall wollte auch damit symbolisch beweisen, daß die traditionelle ungarische Elite die sozialistische Epoche "überstanden" hatte. Er begab sich gleichermaßen auf das Feld der Symbole, als er die wirtschaftlich-gesellschaftliche Umstrukturierung als "Systemwandel" bezeichnete und sagte, daß man zwar Pferde wechseln könne, gesellschaftliche Systeme aber nicht, denn was vor sich gegangen sei, das sei nur ein politischer "Systemwechsel" gewesen.<sup>26</sup>

Auch Forscher, die die differenziertere Zusammensetzung der ungarischen Elite betonen, erkennen an, daß die frühere sozialistische Machtelite über große Vorteile besonders im Bereich der Wirtschaftspositionen und des Beziehungskapitals verfügte. Eine andere Forschergruppe betont, daß diese Elite im Vorfeld und nach der Wende bedeutenden Veränderungen unterworfen war. Diese Forscher werfen Erzsébet Szalai, die zur erstgenannten Gruppe gehört, nicht nur linksgerichtete Voreingenommenheit vor, sondern beschuldigen sie auch, der essayistischen Annäherung wegen zu große Zugeständnisse gemacht zu haben.<sup>27</sup> Mit Hilfe konsequenter Anwendung wissenschaftlicher Begriffe ist die heutige ungarische Elite und eigentlich auch die gesamte Gesellschaft besser zu beschreiben.

Die seit 1990 entstandenen Eigentumsverhältnisse und die Wirtschaftsergebnisse zeigen, daß das internationale Großkapital auch schon in Ungarn die stärkste Wirtschaftskraft darstellt. Ganz gleich wie erfolgreich die alten Kader auch waren, sie nahmen eher nur die unteren Ränge der wirtschaftlichen Hierarchie ein. Die neue Elite in der Wirtschaft und im Finanzwesen ging sehr gut mit ihrem modernen Wissen um, was sie teils in Ungarn, teils auf ausländischen Studienreisen erworben hatte, und heute ist sie schon ein organischer Teil der Elite. Diese Besitzerschicht kann keiner politischen Kraft zugeordnet werden. Sie reiht sich dort ein, wo es ihre Interessen erfordern, und verhandelt mit der jeweiligen Regierungsmacht. Diese Yuppie-Generation könnte in der kommenden Legislaturperiode die wichtigste wirtschaftlich-gesellschaftliche Basis der FIDESZ-Bürgerpartei werden.

Die FIDESZ-Führung hatte schon 1994 Verbindungen zur traditionellen ungarischen Elite ausgebaut. Diese wirtschaftlich schwache, doch über ein immenses kulturelles Kapital verfügende Intellektuellengruppe bildete die Basis der ersten Regierung nach der Wende. Die Leitung der Jungdemokraten dachte, als sie die konservativ-liberale Elite als Verbündeten akzeptierte, auch daran, daß sie deren Regierungserfahrung und die seit 1987 fleißig ausgebaute Infrastruktur der größten rechten Sammelpartei, des MDF, benötigt. Gemeint sind die Parteiorganisationen in der Provinz, die Aktivisten und Presseorgane, über die FIDESZ-Bürgerpartei selbst nicht verfügt. Sie war nur Anfang der 90er Jahre eine sogenannte Medienpartei, d.h. von den Medien kurzfristig favorisierte Partei. Sie erreichte die Menschen vor allem über die elektronischen Medien. Hier muß erwähnt werden, daß die Parlamentssitzungen vom Ungarischen Fernsehen seit 1990 kontinuierlich übertragen werden. So kann die Bevölkerung die konkreten Ereignisse des politischen Lebens hautnah verfolgen. Das hat sich allerdings als zweischneidiges Schwert entpuppt, denn ein großer Teil der Zuschauer betrach-

---

<sup>26</sup> József Debreczeni, in: Magyar Szemle, Febr. 1996, S. 134-139.

<sup>27</sup> András Körösi: Tudomány vagy publicisztika? (Wissenschaft oder Publizistik?), in: Beszélő, Jan. 1998, S. 25-35.

tet die parlamentarischen Debatten und "Streitereien" kritisch und zieht negative Schlußfolgerungen über die Qualität der Politik. Allerdings haben viele Politiker ihre Popularität oder zumindest ihren Bekanntheitsgrad dem Fernsehen zu verdanken. Der Vorsitzende der Kleinlandwirtpartei, József Torgyán, zum Beispiel hat sich in den vergangenen Jahren häufig dieser Möglichkeit bedient.

Die FIDESZ-Bürgerpartei verfügt also über die Unterstützung einer bedeutenden Gruppe der ungarischen Elite, insbesondere der kulturellen Elite, und kann auf die Hilfe der neuerdings an Bedeutung gewonnenen Wirtschaftsfaktoren bauen, ohne jedoch über eine umfassende und stabile Basis in den Medien zu verfügen. Die Annahme, daß die Sozialistische Partei teils aufgrund ihrer Vergangenheit als Staatspartei, teils durch ihre Machtstellung zwischen 1994 und 1998 die wirtschaftliche, kulturelle und geistige Elite beeinflussen würde, hat sich nur zum Teil als richtig erwiesen. Für die neue Regierung spricht auch, daß seit anderthalb Jahren im Zuge der Privatisierung das Medienmonopol der sozialistisch-linksliberalen Kräfte gebrochen wurde. Obwohl sie bei den Programmen der öffentlichen Sender mit politischem Charakter noch die Oberhand haben, können sie in die Lenkung der neuen Sender nicht mehr hineinreden. 1997 kam es zu einer wahren "Explosion" neuer Sender. Heute kann ein Durchschnittsbürger, vor allem in den Städten, zehn bis zwölf ungarische Programme sehen. Eine derartige Neuaufteilung des Medienmarkts dürfte künftig die Manipulationen der zentralen Regierung erschweren. So wenig sich die sozialistische MSZP während der Wahlen im Vergleich zu früher auf die staatlichen Medien stützen konnte, so wenig wird auch die FIDESZ-Bürgerpartei diese Möglichkeiten haben.

Das Beziehungssystem zwischen der Elite und der Gesamtheit der Gesellschaft muß also zum großen Teil neu aufgebaut werden. Unserer Meinung nach konnte die Sozialistische Partei in der vergangenen Legislaturperiode Interessenvertreter der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Elite und gleichzeitig Massenpartei des kleinen Mannes sein, weil sie die sich bietenden Möglichkeiten der politischen Manipulation durch die Medien maximal ausnutzen konnte.

Die FIDESZ mußte sich viele Vorwürfe anhören, weil sie die Bezeichnung der Partei durch "Ungarische Bürgerpartei" ergänzte. Besonders die andere liberale Partei, der SZDSZ, bestritt die Berechtigung dieser Bezeichnung, denn die SZDSZ-Anhänger seien wenigstens ebenso sehr Bürger wie die der Konkurrenzpartei. Diese Argumentation ist zwar berechtigt, FIDESZ unterstrich so jedoch guten Gewissens den Unterschied zwischen der Modernisierungsstrategie der Sozialisten und der selbst formulierten Konzeption zur Entfaltung des Bürgertums. Nach Meinung von FIDESZ ist der Bürger ein zu autonomen Entscheidungen fähiges Mitglied der Gesellschaft, das seine Vergangenheit und die Kulturwerte seiner Heimat im Auge behält. Das Subjekt der von oben gelenkten Modernisationsstrategie hingegen erinnert stark an den "sozialistischen Menschentyp" alter Zeiten, der scheinbar alles der Zukunft unterordnet, in Wahrheit aber den Interessen der auf ihm "Knieenden" ausgeliefert ist.

Es stellt sich die Frage, ob es unter den heutigen ungarischen Verhältnissen nicht verfrüht ist, über eine massenhafte Entfaltung des Bürgertums zu sprechen. Das Niveau des Lebensstandards und die wachsenden Vermögensunterschiede machen es vorläufig unmöglich, dem Entfaltungsprozeß des Bürgertums in westlichen Demokratien zu folgen. Mehrere markante

Symptome des lateinamerikanischen Syndroms sind in der ungarischen Gesellschaft nachzuweisen. Eine ungünstige Entwicklung des Bürgertums könnte die bereits bestehenden negativen Strukturen festigen und würde im Vergleich zu den in der sozialistisch-freidemokratischen Legislaturperiode wirksamen Tendenzen keine wirkliche Veränderung bedeuten.

Es wird der neuen Regierung wenig nutzen, daß sie bestimmte Segmente der Elite beeinflussen kann, daß sie der Mehrheit sympathisch ist und in Richtung beständiger bürgerlicher Demokratie weist, sollte sie die Wirtschaftslage nicht grundsätzlich ändern, die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen und die erschreckende Abnahme der Bevölkerungszahl nicht bremsen können. Die Bevölkerung nimmt in Ungarn jährlich um 40.000 Personen ab. Demographen haben errechnet, daß sich dieser Prozeß beschleunigt und schon heute unumkehrbar ist. Innerhalb von 15 Jahren sank die Bevölkerungszahl um 5%, das sind 600.000 Personen; nach 30-40 Jahren wird sie um weitere 20% abnehmen, gepaart mit einer drastischen Veralterung.

Die neue politische Führung formulierte deshalb schon während des Wahlkampfes, daß die demographische und wirtschaftliche Wachstumsrate gefördert werden muß. Dies kann – das weiß man genau – nur durch den möglichst baldigen Beitritt zu den europäischen Organisationen Realität werden. Es muß nicht befürchtet werden, daß die führende politische Kraft, die bei den Wahlen 1998 an die Macht gelangt ist, eine Anti-Europa-Politik verfolgt. Eine solche propagiert die Kleinlandwirtepartei ebensowenig. Ihre konservativen Agrarvorstellungen dienen eher dem Ziel, bei dem ihrer Meinung nach unumgänglichen EU-Beitritt die Interessen der Landwirtschaft eine größtmögliche Geltung zu verschaffen.

### **Porträtgalerie aus dem neuen Parlament**

Untersucht man die Zusammensetzung des neuen Parlaments, versteht man die im Kreis der politischen Elite zu beobachtenden Bewegungen besser. Veränderung und Beharrlichkeit – mit diesen beiden Ausdrücken kann charakterisiert werden, was passiert.<sup>28</sup> Die sozialistisch-liberale Koalition hat mehr als 100 Abgeordnetensitze verloren, und zwar 75 die MSZP und 46 der SZDSZ. Die gewaltige, namenlose, zum großen Teil provinzierische Masse, die sich um die Sozialisten herum bewegte und als Wählermaschinerie ohne Gesicht vier Jahre lang den Anordnungen des Fraktionsleiters folgte, ist verschwunden. Die auf zwei Drittel der früheren Fraktionsgröße geschrumpfte Abgeordnetengruppe ist aber im großen und ganzen in ihrer früheren Zusammensetzung erhalten geblieben. Es sind nur wenige bekannte führende Politiker, die nicht mehr in ihren Reihen zu finden sind.

Anscheinend ist die intellektuelle Basis der Partei geschwächt worden. Nicht mehr anwesend sind: László Békesi, der Rivale von Gyula Horn in den Jahren 1994/95, der Politologe Mihály Bihari, die Gesundheitsministerin der 80er Jahre Judit Csehák. Den Blicken entschwunden ist der tolerante Medienexperte Gábor Gellért Kis und zwei ehemalige Landwirtschaftsminister.

---

<sup>28</sup> Als Vergleichsbasis diente die Datensammlung "Országgyűlési Választások – 1994 (Parlamentswahlen 1994), Budapest 1995, S. 486.



Das bedeutet natürlich nicht, daß die Agrarlobby geschwächt worden wäre, denn etwa 20 Abgeordnete vertreten auch weiterhin diese Richtung. Die Funktionärsgarde ist weiterhin stark, die nur noch aus fünf bis sechs Abgeordneten bestehende Gewerkschaftsgruppierung scheint angeschlagen zu sein. Der Kern um Gyula Horn ist geblieben, auch der in eine Korruptionsaffäre verwickelte Imre Szekeres ebenso wie László Boldvai. János Nemesók, auf der Parteiliste auf einen prominenten Platz gesetzt und großer Anhänger des Staustufenbaus an der Donau, belastet die Partei nach der Niederlage wohl zusätzlich. Neue Gesichter sind bei den Sozialisten kaum auszumachen. Das zeigt auch, daß sie auf Nummer Sicher gegangen waren, ihr Motto lautete: "Verändere nichts an einem siegreichen Team!"

In den paar Wochen nach der Wahl gab es bislang nur wenig Informationen über die neugebackenen FIDESZ-Abgeordneten. Man weiß, daß sie jung, noch nicht kalkulierbar und vor allem politisch unerfahrener sind. Es handelt sich um 100 vollkommen unbekannte, neue Abgeordnete. Viel hängt davon ab, inwieweit sie in der Lage sein werden, das Niveau des vollzählig ins Parlament gelangten "harten Kerns" zu erreichen. Einen kleinen, aber wichtigen Teil der FIDESZ-Fraktion bildet eine aus Christdemokraten bestehende Gruppe. Dazu gehören der frühere Gesundheitsminister der Antall-Regierung, László Surján, und János Latorcai, der in derselben Legislaturperiode eine Zeitlang Industrieminister war. András Rapcsák aus Hódmezővásárhely war derjenige, der schon im ersten Urnengang 50% der Stimmen erreichte. László Varga gehörte bis 1997 ebenfalls zu den Christdemokraten; mit seinen 88 Jahren wird er auch in dieser Legislaturperiode der Doyen des Parlaments sein. Er ist ein von vielen verehrter und geliebter Mensch, ein Experte in sozialen und internationalen Fragen.

Die Unabhängige Kleinlandwirtepartei konnte im Jahr vor der Wahl ihre Positionen stärken. Es war ihr gelungen, mehrere bekannte Politiker als Kandidaten zu gewinnen. Frühere MDF-Anhänger sitzen jetzt in der FKgP-Fraktion. Bedauerlich ist die Tatsache, daß Agrarfachleute offensichtlich nicht zahlreich genug vertreten sind. Vielleicht sind sie in der zweiten Reihe, außerhalb des Parlamentes zu finden? Ihre Fachkenntnisse sind sehr gefragt, denn schon jetzt (Mitte Juni 1998), vor der Bekanntgabe der Regierungsliste, ist eindeutig, daß die Ressorts Landwirtschaft, Umweltschutz und Gebietsentwicklung den Kleinlandwirten anvertraut werden.

Der SZDSZ konnte nach der schweren Niederlage nur die ausgesprochene Parteilite ins Parlament schicken. Von den bekannten Politikern werden László Rajk, Sohn des Märtyrers Rajk, sowie der bekannte Wirtschaftswissenschaftler, Attila Soós Károly, fehlen. Auch von zwei bekannten Agrarexperten, György Bálint und Pál Juhász, mußte man sich verabschieden. Noch auffallender ist, daß Ferenc Köszeg und Imre Mécs, zwei bekannte demokratische Oppositionelle, nicht mehr in der Fraktion vertreten sein werden. Da die Freidemokraten nun eine kleine Partei sind, entfällt auch ihre traditionelle Rolle, Minderheiten und deren Vertreter zu unterstützen.

Von den drei Roma-Politikern der letzten Legislaturperiode ist kein einziger mehr vertreten. Péter Molnár und Klára Ungár, die 1993 von FIDESZ zum SZDSZ übertraten, konnten sich als Kandidaten ebenfalls nicht durchsetzen. Zum Abgeordneten ist aber Gábor Fodor avanciert, der einst als Minister für Unterricht und Erziehung gehen mußte. Offenbar soll die Par-

tei in der Provinz gestärkt werden. Unter den neuen Gesichtern, die an die Stelle der sich verabschiedenden Parteileitung treten, sind sich einige Nicht-Budapester Politiker zu finden, die sich "über Wasser halten" konnten.

Die Bündnisstrategie zwischen der größten Partei nach der Wende, der Forumpartei, und der FIDESZ-Bürgerpartei hat sich bewährt. 17 MDF-Abgeordnete konnten ihren Sitz im Parlament einnehmen. Obwohl das MDF die 5%-Hürde nicht geschafft hat, kann es doch eine Fraktion bilden. Die meisten bekannten Politiker der alten Partei werden aber nicht vertreten sein, da sie Anfang 1996 eine neue Partei, die Demokratische Volkspartei (MDNP), gegründet hatten. Die Volkspartei konnte das Vertrauen von nur 1% der Wähler gewinnen. Unter den MDF-treuen Politikern werden der einstige Justizminister István Balsai, der ehemalige Innenminister Balázs Horváth und einer der Gründungsväter der Bewegung, Sándor Lezsák, im Parlament über das Schicksal des Landes mitentscheiden. Péter Boross, 1993/94 Ministerpräsident, übernimmt kein Abgeordnetenmandat mehr; fehlen wird auch die Expertin für Unterricht, Krisztina Dobos.

Die Partei der Gerechtigkeit und des Lebens (MIÉP) bezieht extrem rechte Positionen. Sie hat 14 Abgeordnete und ihrem Antrag zur Fraktionsbildung wurde vom Verfassungsgericht bereits stattgegeben. Unabhängig von der 5%-Hürde hätte das nun annullierte Gesetz über die parlamentarische Geschäftsordnung bei nur 15 Abgeordneten die Bildung einer Fraktion ermöglicht. Die führende Persönlichkeit der Partei ist István Csurka; neben ihm erscheinen die anderen zwergenhaft. Vielleicht sind der frühere Kleinlandwirt Emil Bogdán und Mihály Kapronczi bekanntere Politiker. Die Wirtschaftsexpertin Erzsébet Gidai wurde dadurch bekannt, daß sie die Verweigerung der Schuldentilgung propagierte. Lóránt Hegedüs jun. ist kalvinistischer Geistlicher, sein Vater stand lange Zeit der kalvinistischen Kirche Ungarns vor. Im übrigen gibt es fünf protestantische Prediger im ungarischen Parlament; bis auf einen sind sie alle rechts angesiedelt.

Auch der einzige unabhängige Abgeordnete, Mihály Kupa, ist zu erwähnen, der einen Wahlkreis im nordostungarischen Krisengürtel vertritt. Er war Anfang der 90er zwei Jahre lang Finanzminister und hat das heutige ungarische Steuersystem ausgearbeitet; jetzt ist er einfacher Abgeordneter. Er hat schon mitgeteilt, daß er alle positiven Vorhaben unterstützen wollte, die von der neuen Regierung aufgegriffen würden.

Im Mai 1998 kam es also in Ungarn zu einer grundlegenden Wachablösung in der politischen Klasse. Am auffälligsten ist der Generationswechsel. Nicht nur der Ministerpräsident, die Regierung und ein bedeutender Teil der führenden Beamten, sondern auch die meisten Abgeordneten gehören zur Generation der 30jährigen. Allerdings fällt auch die geringe Anzahl von Politikerinnen auf. Zur Zeit des Parteistaates sowie in dem von den Sozialisten dominierten Parlament waren mehr Frauen vertreten. Unabhängig davon, daß dies während der Kádár-Ära auf propagandistische Aspekte zurückzuführen war und später auch die Kaderpolitik der Sozialisten beeinflusste, ist dieser Umstand am neuen Parlament zu beanstanden.

Die ungarischen Parlamentswahlen Ende Mai beschäftigten einige Tage lang auch die ausländische Presse. Die Meinungen waren sehr geteilt. Allgemein war man über den Sieg der Opposition erstaunt. Ein Teil der westlichen Finanzkreise begann – im Vertrauen auf die Erklär-

rungen der ehemaligen Regierungskoalition – die Investoren vor Ungarn zu warnen. Der Börsenindex sank innerhalb kürzester Zeit um 20%. Grund dafür war nicht, wie sich später herausstellte, der Machtantritt der Konservativen, sondern die asiatische Finanzkrise, die sich auch auf die Moskauer Börse auswirkte und die Region immer noch stark beeinflusst. Viktor Orbán wurde von zwei deutschen Politikern bedeutend unterstützt: Otto Graf Lambsdorff hat Budapest besucht und erklärt, daß FIDESZ-MPP eine liberale Partei und wertvolles Mitglied der Liberalen Internationale sei, wo der ungarische Parteivorsitzende auch weiterhin Vizepräsident bleibe.<sup>29</sup> Bundeskanzler Helmut Kohl hat Viktor Orbán vor den Wahlen in Deutschland empfangen.

Aus diesem Grunde oder vielleicht weil immer mehr authentische Informationen über die Wahlsieger erscheinen, hat man sich im Westen beruhigt, "The Times" hat sogar schon einen direkten Vergleich zwischen Orbán und Tony Blair angestellt.<sup>30</sup> Die Ungarn im Westen haben sich wie folgt geäußert: Seit den Revolutionsführern von 1848 hätte die ungarische Erde keinen so talentierten Politiker wie den FIDESZ-Vorsitzenden hervorgebracht.<sup>31</sup> László Tökés, Initiator der rumänischen Revolution, hat die eingetretene Veränderung sehr positiv bewertet.<sup>32</sup> Auch die Ungarn in der Slowakei brachten ihrer Erleichterung zum Ausdruck, denn sie erwarten von der neuen Regierung einen eindeutigeren Schutz ihrer Interessen.<sup>33</sup> In den Nachbarländern kam eine gewisse Nervosität auf, als am Abend des 24. Mai im Augenblick des Sieges Viktor Orbán äußerte, daß er wisse, daß die Grenzen Ungarns und der ungarischen Nation nicht kongruent seien.<sup>34</sup> Später versprach er auch eine Ergänzung des Grundlagenvertrages. Zweifelsohne wurden in puncto Unterstützung der nationalen Interessen, europäische Organisationen und Ungarn, die außerhalb der Grenzen leben, eindeutige Botschaften formuliert. Nach den Wahlen ist also mit einer Regierung zu rechnen, die die nationalen Interessen hartnäckiger schützt, ihr Instrumentarium aber eindeutig demokratisch und liberal einsetzt.

---

<sup>29</sup> Népszabadság, 27.5.1998, S. 2.

<sup>30</sup> Magyar Nemzet, 29.8.1998, S. 3.

<sup>31</sup> Magyar Nemzet, 29.8.1998, S. 3.

<sup>32</sup> Magyar Nemzet, 28.5.1998, S. 5.

<sup>33</sup> Napi Magyarország, 26.5.1998, S. 9.

<sup>34</sup> Magyar Nemzet, 25.5.1998.

**A. Ferenc Szabó****The 1998 Parliamentary Elections in Hungary**

## Parties, Elites and Society as Mirrored by the Election Results

Bericht des BIOst Nr. 33/1998

**Summary***Introductory Remarks*

The elections of 1998 – the third to be held in the post-communist era – demonstrate the viability of Hungarian democracy and of the country's electoral system. The party system that came into being in 1989/90 is stable. While there is some debate about whether Hungary's parties can be divided into two or three political camps, the foundations have been laid for a parliamentary system in which power alternates among different parties. The Hungarian party system is less fragmented than those of other Central and East European countries, as shown by the fact that in each of the three parliamentary elections six parties won seats in parliament.

*Findings*

1. Contrary to expectations and opinion polls, the third set of free elections in Hungary resulted in a surprise victory for the opposition. In each of the elections so far the ruling coalition has been ousted: the right-wing Christian-national coalition that came to power in 1990 was replaced in 1994 by a left-wing alliance of socialist and liberal parties, while this time a government has been formed by a coalition of national-liberal and conservative-agrarian forces.
2. Although the third victory for an opposition coalition demonstrates that Hungary has a functioning system for the alternation of political power, it would be an oversimplification to see the elections simply as a contest between right and left. For while following the two previous elections – in 1990 and 1994 – governments were formed, respectively, by all the right-wing or all the left-wing forces, the three parties now charged with forming a government are excluding parties not only at the left end of the spectrum but also those of the extreme right from a possible coalition.
3. Some political analysts regard the Hungarian political arena as dichotomous, i.e., divisible into left and right. They place the country's two liberal parties between the socialist and social-democratic parties on the left and the Christian-liberal parties on the right.
4. These two liberal parties were formed during the years of change. Until 1998 the Alliance of Free Democrats (SZDSZ) was clearly the more influential of the two. In the recent elections, however, the trend was reversed and the Federation of Young Democrats-

Hungarian Civic Party (FIDESZ-MPP) received a strong boost, managing to win the elections – something the SZDSZ had never done – and to play the dominant role in the new government.

5. This is why the Hungarian political arena appears to consist of only two camps. On account of its social roots the SZDSZ tends to be more drawn to the values represented by the social democrats than the FIDESZ, the party of the younger generation, which feels more at home with national values and historical traditions. Thus, the traditional division of parties into left and right may still be applied
6. A change in popular sentiment a few months before the vote proved to be crucial in determining its outcome. The low-key election campaign conducted by the Hungarian Socialist Party (MSZP) turned out to have been a miscalculation. Moreover, the party's rather arrogant leadership had failed to anticipate that a rerun of the controversy over the hydroelectric power station on the Danube would prove to be crucial in mobilising public opinion against it. Indeed, this was one of the main issues that brought about the late swing in the polls.
7. The internationally widespread practice of staging a public television debate between the chairmen of the main parties was backed by the opposition, since its leaders were able to voice more credible support for the values of a democratic society [than the leaders of the ruling parties]. It also benefited from the conspicuous generation gap between the two sides. The election campaign as a whole was marked by the contrast in views between the older generation, which tended to advocate socialist values, and those of the younger, more modern opposition. Since in Europe Christian-national values also tend to be the province of the older generation, the implication is that the winners of the Hungarian elections are closer to the centre of the political spectrum than to the traditional right.
8. The allocation of seats following the elections means that the FIDESZ-Civic Party must form a coalition with the conservative Independent Smallholders Party. This party, which has strong historical roots, is led by a rather opinionated politician, Jozsef Torgyan. His populist appeal, his past and his personal connections, the nature of which are still unclear, could become a serious embarrassment to the new government.
9. An analysis of the election results by region reveals that the bourgeoisie is growing faster in the western part of the country than in the eastern part. The real contrast is in the capital, however, where salaries are highest. Since the highest earners include both the bourgeois elite of the Christian-national middle-class and the socialist elite, who have succeeded in continuing to exploit their connections from the socialist past, Budapest is home to both the right and left leaderships. Whereas the traditional conservative-national parties draw their support from the well-to-do districts of Buda, the housing estates erected during the Kadar era are obviously socialist strongholds.
10. Recent comparisons of the election results with research into elites shows that Hungarian society, after a break of several decades, is once again beginning to resemble the societies of Western Europe. Initially, the conservative, Christian-national elite, which returned

from oblivion in 1990, was weaker than the socialist-liberal leadership. The new generation that has now come to power may, however, be expected to hold its own.